

Hohe Erwartungen an das Karlsruher Modell

Ministerrat beschließt Gesetzentwurf zur Fusion von Forschungszentrum und Universität

STUTT GART. Das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) soll die größte deutsche Forschungs- und Lehrereinrichtung werden. Die politisch Verantwortlichen und die Spitzen des KIT jubeln. Die Beschäftigten beklagen den Verlust von Mitbestimmungsrechten.

Von Renate Allgöwer

Als „deutschlandweit einmalig“ feiert der Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) die Fusion einer Landesuniversität mit einer außeruniversitären Forschungseinrichtung. Oettinger ist sicher, die Verbindung des Forschungszentrums mit der Universität Karlsruhe bilde den „Nukleus für künftige Forschungsverbände“. Das KIT solle zum führenden europäischen Zentrum der Energieforschung ausgebaut werden.

Auf Nachahmer hofft auch die Bundesregierung. Für Frieder Meyer-Kramer, den Staatssekretär im Bildungsministerium, steht die Überwindung der Trennung von universi-

tärer und außeruniversitärer Forschung im Vordergrund. Der „zukunftsweisende Prototyp“ KIT biete die Möglichkeit, „ganz vorne in der Welt mitzuspielen“, sagt er.

Die Fusion war bereits Grundlage des Konzeptes der Universität Karlsruhe in der Exzellenzinitiative. Damit wurde die Fridericiana 2006 im ersten Durchgang der Initiative zur Eliteuniversität gekürt. Gestern hat der Ministerrat den Entwurf des KIT-Gesetzes beschlossen, den der Landtag im Juli beraten soll. Nun stehe das in der deutschen Wissenschaftslandschaft einmalige Konzept kurz vor der Vollendung, erklärten Horst Hippler, der Rektor der Universität Karlsruhe, und Eberhard Umbach, der Vorstandsvorsitzende des Forschungszentrums.

Mit dem Gesetz sollen das vom Bund getragene Forschungszentrum und die Landesuniversität zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zusammengeführt und zugleich eine staatliche Einrichtung werden. Im Gesetz werden die Aufgaben und Ziele sowie die Organisation des KIT geregelt. Professoren sollen gemeinsam berufen werden, es

wird einen gemeinsamen Senat und Aufsichtsrat geben. Wissenschaftsminister Peter Frankenberg (CDU) erhofft sich von der Zusammenführung der Forschung Synergieeffekte auch für die Lehre. Studenten könnten von Forschungsprojekten profitieren. Er erklärte, der Forschungsreaktor des früheren Kernforschungszentrums Karlsruhe solle das KIT nicht belasten. Den Abbau der Anlage wird der Bund übernehmen.

Die Beschäftigten des Forschungszentrums werden Beschäftigte des Landes. Einbußen sollen sie nicht haben, sagte Frankenberg. Auch die Arbeitsplätze würden garantiert. Die Gewerkschaft Verdi kritisiert, von einem Erhalt der Mitbestimmungsrechte des bisherigen Betriebsrats könne nicht die Rede sein. Die öffentliche Kontrolle des KIT werde in Zukunft stark erschwert. Das KIT zählt nach eigenen Angaben 8000 Beschäftigte und hat ein jährliches Budget von 700 Millionen Euro. Das KIT soll wie das Forschungszentrum auf militärische Forschung verzichten. Der Bund sieht laut Meyer-Kramer keinen Grund, die entsprechende Klausel zu ändern.

Badisches Tagblatt 1. April 2009 „Blick ins Land“

Landesregierung beschließt KIT-Gesetz / Wissenschaftsminister Frankenberg verspricht sich internationales Ansehen

Karlsruher Fusion auf den Weg gebracht

Karlsruhe/Stuttgart (bjhw) – Aus zwei mach eins: Die Landesregierung hat – in Abstimmung mit dem Bund – den Gesetzentwurf zur Zusammenführung der Universität und des Forschungszentrums in Karlsruhe zum neuen Institut für Technologie (KIT) beschlossen. Bisher einmalig ist auch die Zusammenführung von insgesamt mehr als 8000 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die alle ihre Arbeitsplätze behalten werden.

Vorbildlich nennt Ministerpräsident Günther Oettinger die Fusion zur größten deutschen Forschungs- und Lehrereinrich-

tung, auch mit Blick auf die Kooperation zwischen Stuttgart und Berlin. Der Großforschungsbereich der neuen Einrichtung wird, wie bisher das Forschungszentrum Karlsruhe, von Bund und Land nach dem Schlüssel 90:10 zehnteil finanziert, der Universitätsbereich dagegen allein vom Land. Frieder Meyer-Kramer, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, rühmt Vorgehen und Konstruktion als „national zukunftsweisenden Ansatz“. Wissenschaftsminister Peter Frankenberg verspricht internationales Ansehen und die

Sicherheit der Arbeitsplätze. Aber auch der Karlsruher SPD-Landtagsabgeordnete Johannes Stober ist zufrieden: „Aus dem Nebeneinander wird ein Miteinander.“

Stober will im jetzt anlaufenden Gesetzgebungsverfahren einen genaueren Blick auf wissenschaftliche Mitbestimmung und Belange der Beschäftigten werfen. Auf die sei Rücksicht genommen worden, erklärt Frankenberg. „Es ist gelungen, für die Mitarbeiter des Forschungszentrums im Wege von Sonderregelungen im Personalvertretungsrecht, die auf das KIT ab-

gestimmt sind, gute Lösungen zu finden“, sagt der Minister. Und auch nach Meinung des SPD-Abgeordneten hat sich die Landesregierung in dieser Frage Mühe gegeben. Mit der Fusion wechseln alle in den Geltungsbereich des Landespersonalvertretungsrechts. Die bisherige Mitbestimmung bleibe „soweit wie möglich erhalten“, so Frankenberg weiter.

Die Idee zur Zusammenführung von Universität und Forschungszentrum ist Herzstück jenes Konzepts, mit dem die Uni Karlsruhe vor zwei Jahren in der ersten Auswahlrunde der

Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder 2007 erfolgreich war. Noch 2007 hatte das Land dann eine gesetzliche Sonderregelung geschaffen, um im Vorfeld der Fusion eine Verschränkung der Organe der Universität und des Forschungszentrums zu ermöglichen. Stober erwartet, dass das neue KIT „international viel stärker wahrgenommen wird“ als die Vorgängerinstitutionen. Und auch Oettinger verspricht sich viel von der neuen Struktur: Der Zusammenschluss ermögliche die Planung der Strategie und der Berufungen aus einer Hand.